

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 070-2019
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.88

Eingereicht am: 07.03.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)
de Meuron (Thun, Grüne)

Weitere Unterschriften: 10

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Mitarbeitende in der Alterspflege und Kinderbetreuung verdienen mehr Lohn und mehr Respekt!

Die Regierung wird gebeten, notwendige gesetzliche Grundlagen vorzulegen, die folgende Anliegen umsetzen:

1. Institutionen im Sozialbereich, insbesondere in der Alterspflege und in der familienergänzenden Kinderbetreuung, sollen überprüfen, inwiefern Berufe, die traditionell frauendominiert sind, genügend attraktive Anstellungsbedingungen haben, und ergreifen allenfalls Massnahmen zur Verbesserung.
2. Der Kanton erteilt im Sozialbereich, insbesondere in der Alterspflege und in der familienergänzenden Kinderbetreuung, nur noch Aufträge an Institutionen, die ihre Anstellungsbedingungen mittels Gesamtarbeitsverträgen mit den Sozialpartnern verhandelt und abgesichert haben, und berücksichtigt dies bei der Bemessung der Abgeltungen.
3. Alle Institutionen im Sozialbereich, insbesondere in der Alterspflege und in der familienergänzenden Kinderbetreuung, die im Auftrag des Kantons Bern Aufgaben erfüllen, überprüfen regelmässig die Löhne ihrer Beschäftigten auf die Einhaltung der Lohngleichheit von Mann und Frau.
4. Der Kanton führt geeignete Kampagnen durch, die heute grossmehrheitlich von Frauen ausgeführte Tätigkeiten aufwertet.

Begründung:

Nach wie vor ist der Arbeitsmarkt stark nach Geschlechtern segmentiert. So arbeiten in der Alterspflege oder in der familienergänzenden Kinderbetreuung überwiegend Frauen, häufig mit Anstellungsbedingungen, die – verglichen mit ihrer Ausbildung und den Anforderungen – eher tief sind. Der Kanton als Auftraggeber an Institutionen kann einen wichtigen Beitrag leisten, damit die Anstellungsbedingungen verbessert werden. Dies ist in seinem eigenen Interesse, um auch langfristig genügend qualifiziertes Personal für die Erbringung wichtiger Aufgaben zu haben. Denn beispielsweise viele Pflegende wollen ihren Beruf verlassen. Sie fühlen sich körperlich und psychisch ausgelaugt. Die Betriebe leiden unter Personalmangel und dem Spardruck.

Verteiler

- Grosser Rat